



Niederschrift
über die
3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses
am 08.11.2012
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Helmut Ringe

Abg. Ulrich Thiar

Abg. Lothar Cordts

Abg. Wolfgang Harling

Abg. Volker Kullik

Abg. Thomas Lauber

Vertretung für Abg. Reinhard Bussenius

Abg. Reinhard Lindenberg

Abg.e Angela van Beek

Vertretung f. Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde

Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten

Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt

Abg. Hartmut Leefers

Abg. Hans-Jürgen Krahn

Vertretung für Abg. Jan-Christoph Oetjen

Interessenvertreter

Frau Sabine Stahmann-Wruck

Herr Joachim Hickisch

Herr Steffen Wellbrock

Frau Rebecca Meyer

Herr Horst-Dieter Werwoll

Vertretung für Herrn Rainer Christmann

Herr Bernd Luttmann

Herr Hartmut Schaarschmidt

Vertretung für Herrn Georg Klein

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring

KAR Horst Wilshusen

VA Christina Bonke

KA Detlev Bolz

Landesschulbehörde

Herr Ulrich Dettling

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Schulausschusses am 03.05.2012
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Elternbefragung zur Feststellung des Bedürfnisses für Integrierte Gesamtschulen (IGS)
Vorlage: 2011-16/0305
- 6 Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Überlassung von Schulräumen und Schulplätzen zur zweckentsprechenden Nutzung an Dritte vom 11.01.1990
Vorlage: 2011-16/0307
- 7 Anträge von Berufsbildenden Schulen
- 7.1 1. Antrag des KIVINAN Bildungszentrums Zeven auf Einrichtung des Bildungsganges Fachoberschule Gestaltung
Vorlage: 2011-16/0308
- 7.2 2. Antrag der Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule Bremervörde auf Einrichtung der berufsqualifizierenden Berufsfachschule Pflegeassistenten
Vorlage: 2011-16/0309
- 8 Finanzierung der gemeindlichen Schulen durch den Landkreis
Vorlage: 2011-16/0310
- 9 Kreisschulbaukasse
- Einzelanträge
Vorlage: 2011-16/0311
- 10 Schulraumplanung für das Gymnasium Bremervörde
Vorlage: 2011-16/0312
- 11 Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Kreistag
hier: Bau einer Turnhalle und Aula für das St.-Viti-Gymnasium Zeven
Vorlage: 2011-16/0313
- 12 Haushaltsplan 2013
Vorlage: 2011-16/0314
- 13 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 14 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Ringe eröffnet die Sitzung um 14.33 Uhr, begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, die Presse sowie Herrn Dettling von der Landesschulbehörde.

Vorsitzender Ringe stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Änderungswünsche oder -notwendigkeiten zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Schulausschusses am 03.05.2012**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Erster KR Dr. Lühring berichtet, die Erstellung der Schülerstatistik habe sich verzögert, diese werde dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Elternbefragung zur Feststellung des Bedürfnisses für Integrierte Gesamtschulen (IGS)**

Erster KR Dr. Lühring erläutert das Ergebnis und die Prognose der Elternbefragung, die dem Protokoll als Anlage beigefügt sind.

Auf eine Frage des **Abg. Bargfrede** erklärt **Erster KR Dr. Lühring**, die Auswirkungen einer IGS auf bestehende Schulen seien nicht zu prognostizieren.

Abg. Lauber ist unter Hinweis auf die jetzt siebenzügige, nach der damaligen Prognose jedoch nur vierzügige KGS in Sittensen der Auffassung, dass eine IGS im Südkreis einen hohen Zulauf hätte. Hervorzuheben sei, dass sich in den meisten Gemeinden die Mehrheit der Rückläufer für eine IGS ausgesprochen hätten.

Herr Dettling sagt, Elternbefragungen zur Errichtung neuer Schulformen seien auf der Basis des Niedersächsischen Schulgesetzes und nach den Vorgaben der Landesschulbehörde in Niedersachsen gleichartig durchzuführen. Das Bedürfnis müsse von den Erziehungsberechtigten positiv zum Ausdruck gebracht werden. Die vom Landkreis durchgeführte Befragung sei aus Sicht der Landesschulbehörde nicht zu beanstanden.

Abg. Leefers ist der Auffassung, die Errichtung einer IGS in Rotenburg hätte zur Folge, dass den Erziehungsberechtigten in Rotenburg die Wahlfreiheit genommen würde, da diese ihre Kinder nicht auf bestehende Schulen in andere Gemeinden schicken würden.

Auf eine Frage von **Herrn Hickisch** erklärt **Erster KR Dr. Lühring**, es sei nicht nur für die Elternbefragung üblich, den Erziehungsberechtigten Mitteilungen der Schulen durch die Schüler zu übermitteln. Im Übrigen sei das Verfahren mit der zur Begleitung der Elternbefragung eingerichteten Arbeitsgruppe abgestimmt worden.

Abg. Cordts meint, die landesseitigen Vorgaben zur Elternbefragung zielten auf eine Verhinderung der Errichtung von IGSen hin.

Abg. Kullik sieht eine gewisse Befragungsmüdigkeit bei den Erziehungsberechtigten. Vor diesem Hintergrund sei in der Samtgemeinde Bothel durchaus ein Achtungserfolg erreicht worden.

Abge. Dr. Hornhardt weist auf die Elternbefragung des Jahres 2009 hin. Unter den heutigen Rahmenbedingungen hätte das damalige Ergebnis für die Errichtung einer IGS in Bothel

ausgereicht. Die Anzahl der Rückläufer wie auch die Quote der IGS-Befürworter spreche auch weiterhin für eine IGS in Bothel.

Abg. Lauber ist der Auffassung, ein Antrag der Stadt Rotenburg zur Errichtung einer IGS solle durch den Landkreis unterstützt werden.

Auf eine Frage des **Vorsitzenden Ringe** antwortet **Herr Dettling**, die Vorlaufzeit zur Errichtung einer IGS betrage mindestens ein halbes Jahr.

Nach kurzer weiterer Aussprache, in der die **Bürgermeister Eichinger** und **Woltmann** für die Stadt Rotenburg und die Samtgemeinde Bothel zum Ausdruck bringen, an der Errichtung einer IGS festhalten zu wollen, besteht auf Vorschlag des **Vorsitzenden Ringe** Einvernehmen, zunächst die Beratungsergebnisse der Gremien in Rotenburg und Bothel abzuwarten.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Überlassung von Schulräumen und Schulplätzen zur zweckentsprechenden Nutzung an Dritte vom 11.01.1990**

Erster KR Dr. Lühring erläutert die Vorlage und erklärt, neben einigen redaktionellen Änderungen sei die rechtliche Absicherung der bisherigen Verwaltungspraxis beabsichtigt.

Beschluss:

1. Die Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Überlassung von Schulräumen und Schulplätzen zur zweckentsprechenden Nutzung an Dritte vom 11.01.1990 wird folgendermaßen geändert:

a) An § 11 wird folgender Halbsatz angefügt:

„sofern der Kreistag nicht bestimmte Nutzungen oder Nutzergruppen von einer Entgelterhebung ausnimmt.“

b) In §§ 1 und 12 werden die Querverweise auf § 17 Abs. 2 bis 4 NLO ersetzt durch „§ 28 NKomVG“.

c) In § 9 wird der Verweis auf das Versammlungsgesetz von 1978 durch „Niedersächsisches Versammlungsgesetz vom 07.10.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 465)“ ersetzt.

d) § 18 (Widerspruchsverfahren) wird ersatzlos gestrichen.

2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) fördert die genannten Institutionen der Erwachsenenbildung, des Vereinssports, der Gesundheitsförderung, der Landwirtschaft und des Handwerks innerhalb der Benutzergruppe C auch weiterhin, in dem durch interne Leistungsverrechnungen von einer direkten Entgelterhebung abgesehen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anträge von Berufsbildenden Schulen**

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Antrag des KIVINAN Bildungszentrums Zeven auf Einrichtung des Bildungsganges Fachoberschule Gestaltung**

Nach kurzer Aussprache besteht Einvernehmen, den Beschluss vorbehaltlich der noch ausstehenden Zustimmung der Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) zu fassen.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantragt die Einrichtung einer Fachoberschule Gestaltung am KIVINAN Bildungszentrum, Berufsbildende Schulen Zeven, mit einer Klasse 11 zum 01.08.2013 und einer Klasse 12 zum 01.08.2014.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Antrag der Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule Bremervörde auf Einrichtung der berufsqualifizierenden Berufsfachschule Pflegeassistenz**

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantragt die Einrichtung einer berufsqualifizierenden Berufsfachschule Pflegeassistenz ab dem Schuljahr 2013/14.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Finanzierung der gemeindlichen Schulen durch den Landkreis**

Erster KR Dr. Lühring erläutert die Finanzierung der Kosten im Schulbereich. Der Grundsatzbeschluss des Kreistages zum Schullastenausgleich müsse hinsichtlich der gymnasialen Angebote der Oberschulen ergänzt werden. Dies gebe Anlass, eine finanzielle Gleichbehandlung aller Schulen im Landkreis sowie eine Pauschalierung der Zahlungen ggfs. unter Einrechnung eines Sockelbetrages je Gemeinde zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes anzustreben. Ziel sei insgesamt aber eine einvernehmliche Regelung mit allen Städten und Gemeinden.

Auf Anregung des **Abg. Cordts** führt **Erster KR Dr. Lühring** aus, in der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages könne der Prozentsatz von 80 % durch 100 % ersetzt werden.

Abg. Harling ist zu Ziffer 1 d) des Beschlussvorschlages der Auffassung, hierüber solle der Kreistag in öffentlicher Sitzung beschließen.

Nach kurzer weiterer Aussprache fasst **Vorsitzender Ringe** zusammen, die mit den Städten und Gemeinden zu führenden Verhandlungen durch jeweils einen Vertreter der Gruppen des Kreistages zu begleiten. Diese könnten durch den Kreisausschuss benannt werden.

Beschluss:

1. Der Grundsatzbeschluss des Kreistags über die Beteiligung des Landkreises an den Schulbaukosten und den sonstigen Kosten der Schulen im Landkreis vom 28.05.2009, zuletzt geändert am 16.12.2010, wird folgendermaßen abgeändert:

a) Abschnitt A Nr. 1 Abs. 3 wird folgendermaßen gefasst:

„Alle Maßnahmen müssen mit mindestens 20.000 € als Investition wirksam im Haushaltsplan des Schulträgers veranschlagt sein.“

b) Abschnitt A Nr. 3 Abs. 4 Satz 2 wird folgendermaßen gefasst:

„Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn ist zulässig.“

c) Abschnitt B Abs. 1 wird folgendermaßen gefasst:

„(1) Zu den nicht unter Abschnitt A fallenden Kosten der Schulen der Sekundarbereiche gewährt der Landkreis den gemeindlichen Schulträgern Zuweisungen in Höhe von 50 %, sofern sich nicht gem. einer nach § 118 Abs. 2 NSchG erlassenen Verordnung ein höherer Mindestsatz ergibt (zur Zeit 60 %).“

d) Abschnitt C Abs. 1 bis 4 werden folgendermaßen gefasst:

„(1) Zum Ausgleich von Sonderbelastungen einzelner Samt- und Einheitsgemeinden als Schulträger von Gymnasialangeboten kann der Landkreis höhere Zuwendungen gewähren. Darunter fallen gemeindliche Gymnasien, Gymnasialzweige von Kooperativen Gesamtschulen oder Oberschulen sowie die statistischen Gymnasialanteile einer Integrierten Gesamtschule oder integrativ arbeitenden Oberschule. Näheres beschließt der Kreistag.“

e) Abschnitt D Abs. 3 wird Abschnitt A Nr. 1 Abs. 6.

Die verbliebenen Absätze rücken jeweils auf.

2. Die bestehenden Verwaltungsvereinbarungen mit den Samtgemeinden Tarmstedt vom 26.03.2004 und Sottrum vom 14.04.2009 über die Finanzierung der dortigen Gymnasialangebote werden zum 31.12.2013 gekündigt. Die bestehende Verwaltungsvereinbarung mit der Samtgemeinde Sittensen vom 28.09.2010 wird zum 31.07.2013 gekündigt.

3. Die gemeindlichen Schulträger von Gymnasialangeboten ohne entsprechende Finanzierungsvereinbarung (z. Zt. Gnarrenburg, Zeven und Visselhövede) erhalten in den Jahren 2012 und 2013 sowie Sittensen für die Monate August bis Dezember 2013 für diese Angebote im Schullastenausgleich 100 %.

4. Mit sämtlichen Samt- und Einheitsgemeinden, die Träger von o. g. Angeboten sind, werden Verhandlungen über eine einheitliche, einfache, gerechte und angemessene Finanzierungsregelung für die Zeit ab 01.01.2014 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

Punkt 9 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse
- Einzelanträge**

Beschluss:

Der Schulträger erhält die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen aus der Kreisschulbaukasse für notwendige Schulbaukosten. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2013 bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Schulraumplanung für das Gymnasium Bremervörde**

Die Schulleiterin des Gymnasiums Bremervörde, **Frau Dr. Richlick**, unterstreicht die einvernehmliche Erarbeitung der Schulraumplanung und weist auf notwendige Raumkapazitäten für individuelle Fördermaßnahmen sowie den Ganztagesunterricht hin.

Auf eine Frage des **Abg. Dr. Hornhardt**, erklärt **KAR Wilshusen**, es handele sich zunächst um eine Grundsatzplanung.

Abg. Harling bittet, entsprechende Vorlagen künftig zu visualisieren.

Vorsitzender Ringe regt an, eine der nächsten Sitzungen des Schulausschusses im Gymnasium Bremervörde durchzuführen.

Beschluss:

Der vorliegenden Schulraumplanung für das Gymnasium Bremervörde wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Kreistag
hier: Bau einer Turnhalle und Aula für das St.-Viti-
Gymnasium Zeven**

Abge. van Beek weist auf die in den Pausen von den Schülern zurückzulegenden Strecken hin und sagt, es bestehe auch durch ermäßigte Klassenteiler für das St.-Viti-Gymnasium ein Bedarf an Sportübungseinheiten. Hierzu müsse eine entsprechende Planung in Auftrag gegeben werden.

Abg. Kullik spricht sich für die Einstellung von Planungskosten in den Haushalt 2013 aus. Ein Neu- oder Erweiterungsbau in unmittelbarer Nähe des Gymnasiums sei notwendig.

Vorsitzender Ringe bittet um Klärung der bauplanungsrechtlichen Situation.

Es schließt sich eine kurze weitere Aussprache an.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Planung eines Sporthallenneubaues oder –anbaues auf dem Gelände des St.-Viti-Gymnasiums beauftragt. Dazu sollen Planungskosten in den Haushalt 2013 eingestellt werden, über deren Höhe im Ausschuss für Hoch- und Tiefbau beraten werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Abg. Kullik verlässt die Sitzung um 17.08 Uhr.

Auf eine Frage des Abg. Leefers erklärt **Erster KR Dr. Lühring**, die Schulbudgets seien zwischenzeitlich auch mit den Förderschulen, für die sich ein anderer Verteilungsschlüssel aufgrund des durch die Inklusion erhöhten Aufwandes ergebe, einvernehmlich ausgehandelt.

Herr Hickisch fragt nach den Haushaltsmitteln für den bereits für das Jahr 2012 geplanten behindertengerechten Fahrstuhl bei der Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme).

Frau Bonke führt aus, die Mittel seien in den Haushalt 2013 übertragen worden, da die Maßnahme noch nicht realisiert werden konnte.

Abg. Lauber ergänzt, der zugesagte Austausch der Fenster zum Innenhof der Schule sei ebenfalls noch nicht umgesetzt.

Frau Bonke sagt, beide Maßnahmen sollten in der kommenden Arbeitsperiode fertig gestellt werden.

Auf Nachfrage des **Abg. Thiart** antwortet **Erster KR Dr. Lühring**, bei den Mitteln für einen pädagogischen Mitarbeiter bei der Förderschule Rotenburg handele es sich um ein schrittweise abzubauenendes Projekt; die Finanzierung sozialpädagogischer Mitarbeiter sei zwischen Land und Schulträgern strittig. Letztendlich könne keiner dazu gezwungen werden.

Beschluss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2013 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Abg. Bargfrede fragt nach kürzlich eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten der Aula des Ratsgymnasiums sowie der Sporthalle des Pestalozzischule in Rotenburg.

Frau Bonke erklärt, es werde durchgängig auf die Einhaltung der Versammlungsstättenverordnung und die danach zugelassenen Nutzungen geachtet. Eine eingeschränkte Nutzung gebe es aktuell nur für die Aula des Gymnasiums in Bremervörde. An der Behebung der Einschränkung werde gearbeitet.

b) nichtöffentlicher Teil

14 Berichte und Anfragen

Es liegen keine Berichte oder Anfragen vor.

Vorsitzender Ringe schließt die Sitzung um 17.28 Uhr.

(Ringe)
Vorsitzender

(Dr. Lühring)
Erster Kreisrat

(Bolz)
Protokollführer